

Nein-zur-Spaltung? JA zur Musikvielfalt-Initiative.

Stellungnahme zu einigen Punkten des Gegenkomitees.

1. «Die Initiative spaltet die Kulturlandschaft. Sie nimmt in Kauf, dass für eine Besserstellung des freien Musikschaffens vielleicht bei den Institutionen gekürzt werden muss.»

Die Initiative ist die Antwort auf das Ungleichgewicht in der Musikförderung: Ein Teil des Musikschaffens bekommt rund 90 % der öffentlichen Mittel, der andere erhält nur 10 %. Die Initiative ist das Gegenteil von Spaltung. Sie ist ein Zusammenschluss von Musikschaffenden aller Genres, die sich einig sind, dass für kulturelle Vielfalt alle wichtig sind – Institutionen und Freischaffende.

Die Initiative setzt sich für die grösste Gruppe des Basler Musikschaffens ein: Die meisten Musiker*innen, viele Spielstätten, Veranstaltende und weitere Akteure sind freischaffend. All diese Menschen tragen massgeblich zum vielfältigen Musikangebot in Basel bei. Das ist keine Sonderbehandlung.

Die Kulturstadt Basel kann und sollte sich eine Erhöhung des Budgets leisten. Auch wir als Initiativkomitee werden uns dafür einsetzen. Öffentliche Musikförderung, die dem Kulturfördergesetz entspricht und auf die vielfältige Basler Bevölkerung Rücksicht nimmt, muss jedoch auch mit den vorhandenen Mitteln möglich sein.

Apropos «Spaltung der Kultur»: Das NEIN-Komitee legt in seiner Argumentation den Fokus auf die Kulturschaffenden. Aber was ist mit denen, welche die Kulturförderung mit ihren Steuern erst möglich machen? Öffentliche Förderung sollte die Interessen der Basler Bevölkerung berücksichtigen. Für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist Teilhabe essentiell.

2. «Die Initiative macht falsche Versprechen. Sie lässt offen, was unter Vielfalt zu verstehen ist und wie die Forderungen genau umgesetzt werden sollen.»

Das Drittel sorgt dafür, dass ein besserer Zugang zu Förderung und angemessene Unterstützung für viele Genres ermöglicht werden. Höhere Projektbeiträge sind keine falschen Versprechungen. Sie ermöglichen beispielsweise, dass Bandleader*innen ihre Leute angemessen bezahlen können. Sie können dafür sorgen, dass ein Veranstalter eine Konzertreihe durchführen kann. Oder dass ein Club fairere Gagen bezahlen kann.

Die Initiative ist unformuliert. Bei einem Ja der Stimmbevölkerung zu einem Kurswechsel in der öffentlichen Musikförderung bekommt die Politik den Auftrag, eine gute Umsetzung zu erarbeiten. Im Zuge dieser bietet sich auch für Institutionen die Chance, sich für neue oder bisher unterfinanzierte Kooperationsgefässe mit dem freien Musikschaffen stark zu machen.

3. «Die Initiative gefährdet sichere Arbeitsplätze bei kulturellen Institutionen und Engagements von unabhängigen Kunstschaaffenden bei diesen Institutionen.»

Gute Arbeitsbedingungen müssen für alle gelten. Vor allem, wenn diese mit öffentlichen Mitteln ermöglicht werden. Wenn das Kulturfördergesetz von "guten Rahmenbedingungen" und "Verbesserung der sozialen Sicherheit" spricht, meint es alle Musikschaaffenden, nicht nur gewisse.

Öffentliche Musikförderung, welche diese gesetzlichen Auflagen besser umsetzt, muss auch mit dem Geld möglich sein, das heute da ist. Eine Erhöhung des Budgets ist aber durchaus möglich. Wir werden uns natürlich dafür engagieren.

Natürlich leisten Institutionen einen Beitrag an die Beschäftigung von freien Musikschaaffenden. Aber über alles Genres hinweg gesehen profitieren nur wenige von solchen Engagements bei Institutionen. Das freie Musikschaaffen ist viel breiter aufgestellt und muss auch unabhängig von den Institutionen gedeihen können.

4. «Die Initiative stellt ein Sonderweg der Musik dar, weil sie sich nur auf freie Musikschaaffende bezieht – und nicht auf freie Kulturschaaffende generell.»

Die direkte Demokratie ermöglicht es, mit einer Volksinitiative Forderungen zu stellen. Das Ungleichgewicht in der öffentlichen Musikförderung ist eklatant. Darum haben wir als Bürger*innen-Bewegung von unserem Initiativrecht Gebrauch gemacht und in Rekordzeit über 4'000 Unterschriften gesammelt.

Ein Ja der Basler*innen gibt der Politik den Auftrag, die öffentliche Musikförderung künftig vielfältiger im Sinne der Initiative zu gestalten. Das hat nichts mit Sonderweg zu tun.

5. «Wegen der Trinkgeldinitiative ist die Musikvielfalt-Initiative unnötig.»

Die Trinkgeldinitiative war ein guter Schritt. Das Ungleichgewicht bleibt aber auch nach deren Umsetzung: Rund 90 % der Steuergelder gehen an Orchester und Institutionen der Klassik. Das ist keine vielfältige Musikförderung.

Obwohl neue Gefässe für die freie Szene geschaffen wurden, reicht das gesprochene Geld nicht. Viele innovative und professionelle Projekte erhalten gar keine Unterstützung oder nur sehr wenig. Wir sind vom oft zitierten "Fairpay" immer noch meilenweit entfernt.

Die Trinkgeldinitiative hat eine neue Clubförderung ermöglicht. Die total 650'000.– pro Jahr sind jedoch im Vergleich zu anderen Städten eher knapp bemessen. Alleine das Zürcher Moods erhält jährlich 900'000.– pro Jahr. In Lausanne gehen 1,2 Mio. an drei Clubs im Bereich Pop/Rock..

Weil Basel alle Musik hört: JA am 24. November.